



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/12164**
Datum: 05.11.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung	29.10.2013	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	19.11.2013	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.11.2013	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (Vorlage-Nr. V/2013/12027)

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014 und folgenden Änderungen:

- 1. DLZ Wirtschaft**

- **Herabsenkung** des Ansatzes 2014 bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen **auf 30.000 EUR**

- 2. FB Wirtschaftsförderung**

- **Aufstockung** des Ansatzes 2014 bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen **um 50.900 EUR**
- **Aufstockung** des Ansatzes 2014 bei den Transferaufwendungen **um 20.000 EUR**

- **Aufstockung** des Ansatzes 2014 bei sonstigen ordentlichen Aufwendungen **um 48.000 EUR**

gez. Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Finanzielle Auswirkung:

Sachkonto:

DLZ Wirtschaft

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

52311000, 52550700, 52550800, 52410100, 52611000, 52710200, 52710400

FB Wirtschaftsförderung

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

52110100, 52410100, 52550100, 52550700, 52611000, 52710200, 52710400

Transferaufwendungen:

53170000, 53180000

sonstige ordentliche Aufwendungen:

54112200, 54310100, 54310200, 54310400, 54311400, 54312100

PSP-Element:

DLZ Wirtschaft

1.57102

FB Wirtschaftsförderung

1.57101

Personelle Auswirkungen: keine

Begründung:

Beim DLZ Wirtschaft kann der tatsächliche Bedarf an der geplanten Erhöhung des Sachmittelbudgets im Vergleich zum Vorjahresansatz seitens des Ausschusses nicht nachvollzogen werden. Eine im Wesentlichen Beibehaltung des Ansatzes 2013 erscheint ausreichend zumal aus Sicht des Ausschusses im DLZ Wirtschaft Angebote wie beispielsweise zur Fördermittelberatung unterbreitet werden, wo eine entsprechende Aufgabenwahrnehmung durch andere Bereiche innerhalb der Verwaltung erfolgt. Hier besteht daher keine Notwendigkeit der Schaffung von Doppelstrukturen.

Bezüglich des FB Wirtschaftsförderung hat der Ausschuss auf Antrag der Stadträte Dieringer und Scholtyssek beschlossen, das Sachmittelbudget des Jahres 2013 auch für die Folgejahre unverändert zu lassen. Die im Haushaltsentwurf 2014 durch die Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen im Vergleich zum Vorjahresansatz waren daher in Umsetzung des vorgenannten Beschlusses und dem Gesichtspunkt der Selbstbindung des Ausschusses entsprechend zu korrigieren.

Weiterhin geht der Ausschuss davon aus, dass die möglichen negativen Folgen der Kürzungsvorschläge in keinem Verhältnis zu dem Einspareffekt stehen, weshalb im Interesse der Sicherstellung der Qualität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsförderung auf die Kürzungen verzichtet werden sollte.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich I

17.12.2013

Sitzung des Stadtrates am 18.12.2013

**Betreff: Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschafts- und
Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zur Haushaltssatzung und
Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr
2012 (Vorlage-Nr. V/2013/12027)
Vorlagen-Nummer: V/2013/12164
TOP: 6.1.4**

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Änderungsantrag als erledigt zu betrachten.

Begründung:

Die Änderungen wurden im Änderungsdienst der Verwaltung (V/2013/12346) entsprechend berücksichtigt.

Egbert Geier
Bürgermeister